Bodo Vatterott Hagdornstraße 48 40721 Hilden 0160 / 99 13 26 52 jugendamtselternbeirat.hilden@gmail.com

Bodo Vatterott
Vorsitzender des Jugendamtselternbeirats der Stadt Hilden
Hagdornstraße 48
40721 Hilden

Hilden, 21.11.2011

Stadt Hilden – Der Bürgermeister
Herrn Gatzke
Am Rathaus 1
40721 Hilden

Gutachten der BSL-Managementberatung – Stellungnahme des Jugendamtselternbeirates

Sehr geehrter Herr Gatzke,
wie bei der Wahl zum Jugendamtselternbeirat angekündigt, möchte sich der Jugendamtselternbeirat zum Gutachten der BSL-Managementberatung hinsichtlich einiger Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung äußern.

Die Stadt Hilden ist derzeit mit ca. 23 Millionen Euro verschuldet. Der externe Gutachter hat u. a. folgende Vorschläge gemacht, die von hier thematisiert werden sollen:

- Vorschlag 27 – Kein weiterer Ausbau der U-3 Betreuung
- Vorschlag 28 – Erhöhung der Elternbeiträge für die Kinderbetreuung in den Kitas um ca. 20 %
- Vorschlag 29 – Streichung der Beitragsbefreiung für Geschwisterkinder und Erhebung eines Elternbeitrags, der bis 50% des Beitrages für das erste Kind betragen soll.

Die Konsolidierung des Haushalts ist wichtig für die Handlungsfähigkeit einer Kommune. Die kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten sind begrenzt. Kommunen werden durch eine Vielzahl von gesetzlich zu erbringenden Leistungen bestimmt. ABER - das Gutachten richtet sich insbesondere auf die freiwilligen Leistungen Hildens. Ein Gutachten, das so einseitig freiwillige Leistungen zurückfährt, macht die Eltern in Hilden mehr als wütend.
Die Stadt Hilden wirbt bei ihrem Webauftritt mit dem Slogan "Hilden eine familienfreundliche Stadt". Wenn die Vorschläge des Gutachtens so umgesetzt werden, dann sollte dies besonders intensiv hinterfragt werden.

"Hilden eine familienfreundliche Stadt" – Das wäre dann nur ein Lippenbekenntnis ohne Gehalt.
Eine Umsetzung der Vorschläge wäre absolut kontraproduktiv für den Wettbewerb mit den umliegenden Städten.

Zu Vorschlag 27 – Stopp des U3-Ausbaus

Der vorgeschlagene Stopp des Ausbaus der U3-Betreuung ist gesellschaftlich nicht zu vermitteln. U3 Plätze sind wichtig für die Vereinbarkeit von Kind und Beruf und damit nicht nur ein Thema der Kinderförderung sondern ein elementarer Bestandteil der Wirtschaftsförderung im engeren Sinne, denn unsere Gesellschaft benötigt mehr denn je qualifizierte Arbeitskräfte und gleichzeitig Kinder, die in späteren Jahren die Sozialsysteme, dieses Landes stützen. Zumal kein Unternehmen gut drei und mehr Jahre auf seine qualifizierten Mitarbeiterinnen (und Mitarbeiter) verzichten kann.
Die demographischen Entwicklungen müssen hierbei nicht noch einmal genau beschrieben werden. Ein Stopp des Ausbaus hat dabei auch diskriminierende Tendenzen zur Folge. Die Frauen müssten verzichten - leider sind es ja immer noch in der Mehrheit die Mütter die beruflich zurückstecken müssen (Zitat meines Sohnes Jacob (5 Jahre) zu einem Freund (4 Jahre): "Du Junis, nur Mamas arbeiten halbtags"). Dazu passt natürlich auch die von der Koalition im Bund beschlossene „Herdprämie“, die vermutlich günstiger ist, als der Ausbau der U3-Betreuung.
Es ist in Deutschland weiterhin so, dass Alleinerziehende und Bürger mit Migrationshintergrund am meisten von Armut bedroht sind. Kinder benötigen gerade in den ersten drei Lebensjahren Förderung. Von Armut betroffene Kinder haben weit schlechtere Chancen einen guten Schulabschluss zu machen, als Kinder aus anderen gesellschaftlichen Gruppen. Auch Hilden sollte seinen Beitrag zur Integration leisten, um die bisherige Durchlässigkeit der Sozialsysteme in dieser Gesellschaft nicht weiter zu zementieren.
Im entwicklungstechnischen Sinne ist es wissenschaftlich erwiesen, dass Kinder schon während der ersten Lebensjahre vom Zusammensein mit anderen Kindern, besonders in den Bereichen Sprachentwicklung und Motorik profitieren. Ganz zu schweigen vom sozialen Miteinander.
Diese Aspekte, die selbstverständlich nicht abschließend sind, werden durch den Gutachtervorschlag bislang völlig ignoriert. Die Kritik gründet sich jedoch vor allem darauf, dass ein gesetzlicher Anspruch auf eine U3-Betreuung ab dem Jahr 2013 besteht. Die Auslegung, mit

welcher prozentualen Betreuungsquote voraussichtliche dieser Anspruch realisiert werden kann, ist dabei sicherlich strittig.
Die Stadt Hilden geht in ihrer Kindergartenbedarfsplanung von 48% benötigten U3-Betreuungsplätzen aus. Das Gutachten hält die vorhandene Quote von 34% bereits für ausreichend. Welche Qualität hat ein Gutachten, das städtische Planungsziele komplett ignoriert?
Bedingt durch die Nähe zu den großen Städten im Bereich Rhein-Ruhr und seiner infrastrukturellen Anbindung an relevante Arbeitgeber kann bei der Lage Hildens nicht von einer durchschnittlichen, kleinstädtischen Bedarfsplanung ausgegangen werden.
Der Gutachter macht in seiner Argumentation dagegen nicht deutlich, warum in Hilden 34% Betreuungsquote ausreichend sein sollen.
Der Jugendamtselternrat geht davon aus, dass gerade die Nähe zu Düsseldorf dazu führen muss, dass Hilden einen anderen Bewertungsmaßstab erhält, der einen großstädtischen Charakter hat. Bei den Gutachtern kommt der Eindruck auf, dass Hilden mit einem Dorf im provinziell geprägten ländlichen Raum gleichgesetzt wird. Doch Hilden befindet sich im Wettbewerb um Einwohner und Steuerzahler mit Düsseldorf und muss daher attraktiver werden, um in diesem Wettbewerb bestehen zu können. Die Angebote in der Landeshauptstadt dürften Ihnen ja bekannt sein.

Zu Vorschlag 28 – Erhöhung der Elternbeiträge

Die Geburtenraten gehen zurück. Alle Bemühungen des Bundes greifen (noch) nicht wirklich. Zudem werden nach wie vor noch nicht alle Kinder in den Kindergärten angemeldet. Das Land NRW hat gerade mit seinem 1. Änderungsgesetz zu KiBiz und der Aussetzung der Elternbeiträge für das 3./ letzte Kindergartenjahr deutlich gemacht, dass es für die Erhöhung des Bildungsniveaus unabdingbar ist, dass die Kinder eine qualitativ hochwertig vorschulische Erziehung erhalten. Die wissenschaftlichen Details zu den Vorzügen einer frühkindlichen sozialkompetenten Erziehung bedürfen hier keiner speziellen Erörterung.
In der Nachbarstadt Düsseldorf sind die Elternbeträge zur Gänze gestrichen worden. Natürlich würde sich auch der Kämmerer in Düsseldorf über einige zusätzliche Euro freuen, doch hat man dort deutlich erkannt, dass der beitragsfreie Kindergartenbesuch eine große Chance bietet, auch unentschlossene Eltern dazu zu bringen, ihre Kinder schon frühzeitig in den Kitas anzumelden. Dies betrifft alle Eltern von gut situierten aber auch finanziell schlechter ausgestatteten Familien.

Ein wesentlicher Punkt ist jedoch auch hier die Konkurrenz der Städte um Einwohner/ Steuerzahler. Ob eine Familie in den Düsseldorfer Süden z. B. nach Benrath, Eller etc. oder nach Hilden zieht, dürfte auch an Parametern zur Kinderbereuung festgemacht werden. Was glauben Sie, wo diese Familien dann einkaufen werden? An ihrem Wohnort oder in Hilden? Mittelfristig dürften der Hildener Einzelhandel aber auch die mittelständischen Unternehmen negativ von solchen Entscheidungen belastet werden. Das Gutachten berücksichtigt solche Kosten bzw. Umsatzverluste nicht.

Zu Vorschlag 29 –Beitragsfreiheit für Geschwisterkinder abschaffen

Die Argumente, die zu den Vorschlägen 27 und 28 gelten natürlich auch hier. Es drängt sich der Eindruck auf, dass der Gutachter eine realitätsfremde Brille bei der Erstellung des Gutachtens getragen hat.

Dass Kommunen unterschiedliche Beiträge erheben, ist für die Eltern an sich schon fragwürdig, wenn nicht sogar sozial ungerecht. Aber eine soziale Errungenschaft wie die beitragsfreie Geschwisterbetreuung einem kurzfristigen haushalterischen Mitnahmeeffekt zu opfern, grenzt an „Blindheit“. Gerade die Familien, die sich entscheiden, ein zweites oder drittes Kind zu bekommen und in unserer Gesellschaft heutzutage schon fast als „asozial“ (!) gelten - obwohl sie ja langfristig zum Gemeinwohl beitragen – würden bei Umsetzung dieses Gutachter-Vorschlags am meisten bestraft.

Während in Düsseldorf kein Beitrag erhoben wird, empfiehlt der Gutachter sogar eine Erhöhung bzw. Einführung von Beträgen. Größer kann die Diskrepanz von 2 Städten in unmittelbarer Nachbarschaft nicht mehr sein. Und Düsseldorf ist nun nicht „Irgendwer“.

Das Stadtmarketing hat größte Mühe die Vorzüge Hildens darzustellen, kein Nachmieter im ehemaligen Hertie-Kaufhaus, ebenso im PC-Kaufhaus am Warrington-Platz. Bisher wurde mit der Familienfreundlichkeit geworben. Das Gutachten macht hingegen populisitische Vorschläge, die auf dem Rücken der Familien ausgetragen werden. Möglicherweise, weil bisher keine Vertretung der Elternschaft Kontra gegeben hat?

Gerade die Familien, die sich mit dem Gedanken tragen, mehrere Kinder zu bekommen und diese dann in den Kitas anzumelden, sollten motiviert werden, ihre Planungen entsprechend ihren familiären Wünschen unabhängig des zur Verfügung stehenden Geldbeutels durchführen zu können.

Fazit

Der Jugendamtselternbeirat empfiehlt dem Rat der Stadt Hilden insbesondere die Vorschläge 27, 28 und 29 abzulehnen.

Es ist nicht verantwortbar, die Anstrengungen der Stadt mit sozial und gesellschaftlich unausgewogenen Vorschlägen ins Mittelalter zu katapultieren.

Hilden wird bei Befolgung dieser Vorschläge seinem Credo kinder- und familienfreundliche Stadt zu sein/ werden zu wollen nicht gerecht.

In Konkurrenz zu den Nachbarstädten verschlechtert sich Hildens Ausgangsposition zusehends.

Die finanziellen Einsparungen würden bei Annahme der Vorschläge möglicherweise 2012 – bis zu 425.000 Euro, 2013 – bis zu 750.500 Euro und 2014 – bis zu 863.500 Euro, gesamt bis zu 2.039.000 Euro Ersparnis bringen.

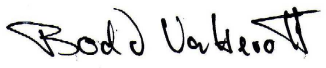
Es ist fraglich, ob diese Summe wirklich erreicht würde. Angenommen, dies wäre der Fall, sollten auch die negativen Aspekte wie möglicher Wegzug, geringere Steuereinnahmen, Nichtauslastung von Infrastruktur etc. gegen gerechnet werden – diese Kalkulation erfüllt das Gutachten nicht. Eine Bilanz muss beide Seiten darstellen.

Im Rahmen einer Kosten-Nutzen-Analyse müssten ebenfalls auch die gesellschaftlichen, pädagogischen und sozialen Aspekte bewertet werden. Nur dann ist ein solches Gutachten ernst zu nehmen.

Abschließend noch eine Frage: Wie viele U3-Plätze hätten für die Kosten dieses „Gutachtens“ eingerichtet werden können?

Mit freundlichen Grüßen

Der Jugendamtselternbeirat



Vorsitzender

(Bodo Vatterott)